

MigrantInnen als Wählergruppe

Peter Filzmaier¹, Markus Patscheider², Flooh Perlot^{3,*}

1 Plattform Politische Kommunikation, Donau-Universität Krems, Krems, Austria

2 Industriellenvereinigung, Wien, Austria

3 Institut für Strategieanalysen (ISA), Wien, Austria

* E-Mail: flooh.perlot@strategieanalysen.at

Zusammenfassung

Rund 540.000 der insgesamt knapp 1,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Österreich verfügen über das aktive Wahlrecht bei Nationalratswahlen. Der Artikel versucht auf Basis einer Befragung dieser Gruppe einige Fragen zum politischen Interesse, zur Wahlbereitschaft und Parteienpräferenz zu klären. Insbesondere wird versucht, die Rolle unterschiedlicher Herkunftsländer zu differenzieren.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Alter und die formale Bildung großen Einfluss auf die Einstellungen der Befragten haben, gleichzeitig finden sich unterschiedliche Effekte je nach Herkunftsland. Insbesondere Personen mit türkischem Hintergrund weichen in ihren Antworten vergleichsweise häufig von den übrigen Befragten ab.

Schlüsselwörter

MigrantInnen, politische Einstellungen, politisches Interesse, Partizipation, Nationalratswahl 2013

Migrant voters in Austria

Abstract

There are about 1.6 million people living in Austria who have a migration background. About 540.000 of them meet the criteria to participate in federal elections, having the Austrian citizenship and being over 16 years of age. Starting from the results of a recent survey among this group the paper tries to give some notes on their political attitudes. Especially potential differences between people from different countries are taken into account.

The findings show somewhat strong effects for variables like age and education. However the effects of being from a certain country are relatively diverse in strength and direction, with people having roots in Turkey showing the most distinct difference from the rest.

Keywords

Migrants, political attitudes, political interest, participation, Austrian federal election 2013

The authors have declared that no competing interests exist.

1. Einleitung

In Österreich lebten im Jahresdurchschnitt 2013 rund 1,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser Status definiert sich über einen Geburtsort außerhalb Österreichs bzw. – bei Geburt in Österreich – über Eltern, die beide im Ausland geboren wurden (Statistik Austria 2014a). Entsprechend unterscheidet man zwischen MigrantInnen erster (selbst im Ausland geboren) und zweiter Generation (in Österreich geboren).

Von den rund 1,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich kommen 39 Prozent aus einem anderen EU- oder EWR-Staat oder der Schweiz (für diese und die folgenden Daten vgl. Statistik Austria 2014c). Die restlichen 61 Prozent haben ihre Wurzeln in Drittstaaten, wobei 29 Prozent aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens (ohne Slowenien und Kroatien) und rund 17 Prozent aus der Türkei stammen. Verhältnismäßig mehr Personen der ersten Zuwanderungsgeneration stammen aus den EU- oder EWR-Staaten sowie der Schweiz (43 Prozent) und deutlich mehr der zweiten Zuwanderungsgeneration aus Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Türkei (60 Prozent).

Geografisch lebt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund überproportional stark in größeren Städten, rund 40 Prozent wohnen in Wien (gegenüber 17 Prozent der Gesamtbevölkerung). Auch in der Altersstruktur ergeben sich leichte Unterschiede, das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung lag am Stichtag 1. Jänner 2014 bei 42,2 Jahren, das von Personen mit Migrationshintergrund bei 40,5 Jahren (allerdings mit Schwankungen nach Herkunftsländern). Nach formaler Bildung sind MigrantInnen überdurchschnittlich oft in der höchsten wie in der niedrigsten Bildungsschicht vertreten.

Der Migrationshintergrund allein sagt nichts über die Wahlberechtigung der Person in Österreich aus. Die Voraussetzungen für Nationalratswahlen sind nach dem Bundes-Verfassungsgesetz die österreichische Staatsbürgerschaft, ein Alter von 16 Jahren oder darüber am Tag der Wahl und das Fehlen von Ausschlussgründen (für einen Überblick der Wahlberechtigung auf unterschiedlichen

Ebenen siehe Grasl 2002, 54). 41 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund oder rund 670.000 Menschen hatten 2013 die österreichische Staatsbürgerschaft, fügt man die Alterseinschränkung hinzu (rund 18 Prozent sind unter 16 Jahre), so bleiben rund 540.000 wahlberechtigte Menschen mit Migrationshintergrund übrig (siehe Tab. 1).

Zu politischen Einstellungen wahlberechtigter MigrantInnen gibt es bisher vergleichsweise wenige Analysen (siehe Kapitel 3.1). Im Folgenden werden daher einige ausgewählte Ergebnisse der Studie „Partizipationsverhalten, Motivlagen und Themenschwerpunkte von WählerInnen mit Migrationshintergrund“ vorgestellt, die im Herbst 2013 im Vorfeld der Nationalratswahl von der Plattform Politische Kommunikation der Donau-Universität Krems durchgeführt und vom Österreichischen Integrationsfonds finanziell unterstützt wurde.

2. MigrantInnen als Wählergruppe

Zur Erklärung von politischen Einstellungen und Verhalten von MigrantInnen finden sich in der Theorie drei grobe Modelle (Ireland 2000, 250ff): Die Klassentheorie verweist darauf, dass sich MigrantInnen aufgrund einer gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer „Arbeiterklasse“ politisch ähnlich orientieren würden, und nimmt Bezug auf Arbeitsmigration bzw. den Zuzug von GastarbeiterInnen. Der ethnische Zugang betont den Einfluss der Herkunft sowie einer gemeinsamen Religion und schreibt der politischen Sozialisation im Heimatland eine gewisse Bedeutung zu. Ähnliche ethnische Hintergründe würden demnach auch in unterschiedlichen Ländern zu ähnlichen Partizipationsmustern führen. Die institutionelle Kanalisierungstheorie sieht das politische Verhalten durch die jeweils konkrete Einwanderungspolitik und den staatlich bestimmten Prozess der Integration sowie die daran beteiligten

Tabelle 1: MigrantInnen in Österreich nach Generation, Staatsbürgerschaft und Alter

	Gesamt	Erste Generation	Zweite Generation
Menschen mit Migrationshintergrund	1.625.000	1.197.000	428.200
davon österreichische Staatsbürgerschaft	670.000	383.000	287.000
ab 16 Jahren*	540.000	–	–

Anmerkungen: *In den öffentlich zugänglichen Daten der Statistik Austria wird 15 Jahre als Untergrenze verwendet, nach dieser Einteilung umfasst die Gruppe rund 547.200 Menschen. Angesichts der ungefähren Zahl an Personen pro Jahrgang kann man von rund 540.000 Menschen mit Migrationshintergrund, österreichischer Staatsbürgerschaft und einem Alter von 16 Jahren oder darüber ausgehen. Angaben in gerundeten absoluten Zahlen, Jahresdurchschnitt 2013. Quelle: Statistik Austria 2014b; eigene Berechnung.

Institutionen (von staatlichen Einrichtungen über Parteien bis NGOs) geprägt, welche die „Eigenheiten der Ethnien selbst“ oder die „politische Organisation nach Klassenzugehörigkeit“ überlagern (Ireland 2000, 273). Weitere Perspektiven setzen sich etwa mit Aspekten des sozialen Kapitals auseinander (im Sinne der Eingebundenheit in die Gesellschaft; Matzinger 2012, 20ff; Bird/Saalfeld/Wüst 2011, 11) bzw. mit einem umfassenderen Modell der „political opportunity structures“ (Bird/Saalfeld/Wüst 2011, 13ff.).

In allen Modellen ist der ethnische Hintergrund ein relevanter Faktor und nicht zuletzt die definierende Variable für den Status MigrantIn. Der Begriff Migrationshintergrund verdeckt dabei individuelle kulturelle, politische oder persönliche Hintergründe und damit auch unterschiedliche politische Einstellungen und unterschiedliches Verhalten (Martiniello 2005, 17). Spricht man von MigrantInnen, dann betrifft das beispielsweise in Österreich Personen aus Deutschland ebenso wie ZuwandererInnen aus der Türkei, vom Balkan, aus Asien und Afrika mit unterschiedlichen Bildungslaufbahnen, sozioökonomischen Ausgangsbedingungen, Sprachkenntnissen und Motiven, nach Österreich zu kommen (zur Rolle der Sprachfertigkeit siehe u.a. Jenny/Zucha/Hofinger 2003, 14; Rosenberger et al. 2008, 108f; Zingher 2012, 17).

Insofern kann sich die Gruppe der MigrantInnen in sich stärker unterscheiden als sie durch den – von außen verliehenen – Status MigrantIn geeint wird. Der „Herkunftseffekt“ (Kroh/Tucci 2009, 824f.) wird relativ stark eingeschätzt¹, auch da ähnliche Rahmenbedingungen zu ähnlichen Integrationserfahrungen führen können und beispielsweise Unterschiede im Wahlverhalten gut (mit) erklären (Zingher 2012, 3 und 19).

Mit dem Herkunftsland lassen sich weitere Punkte wie berufliche Tätigkeiten, der Wohnort oder demokratische Vorerfahrungen verknüpfen. Für Deutschland etwa wird die starke Präsenz türkeistämmiger Personen in Arbeiterberufen und damit in einem Kernmilieu der SPD konstatiert, was zu einer entsprechenden Parteinähe führe (siehe Kapitel 3.2; Kroh/Tucci 2009, 824). Ähnliches gilt für geographische Betrachtungen, wenn MigrantInnen durch ähnliche Muster in der Wohnortwahl² stärker in den Einflussbereich des dortigen Parteienwettbewerbs und der jeweils tätigen Organisationen kommen (Cho et al. 2006, zit. nach Zingher 2012, 7). Schließlich können das politische System im Heimatland und die Erfahrungen damit einen Einfluss ausüben,

wobei Ähnlichkeiten den Übergang in ein neues System erleichtern, Unterschiede hingegen zu einer „politischen Re-Sozialisation“ (Müssig/Worbs 2012, 20) führen.

3. Forschungsstand

Der Forschungsstand zu MigrantInnen als politischen AkteurInnen hat sich in den vergangenen Jahren ausgehend von einem wenig beachteten Gebiet (Wüst 2002; Martiniello 2005, 1; 14f; Wiedemann 2006, 261f) zwar verbessert (Müssig/Worbs 2012, 12), international findet man aber überwiegend Befunde, die eine geringe Datenbasis bemängeln (für einen Überblick siehe Bird/Saalfeld/Wüst 2011). Dazu kommen unterschiedliche Definitionen über den Status MigrantIn und verschiedene Standards in offiziellen Datensammlungen, variierende Methoden sowie Bezugnahmen auf unterschiedliche politische Ebenen (Wüst 2011, 57; Martiniello 2005, 17).

In Österreich fehlen weitgehend veröffentlichte Untersuchungen zum Thema, neben einzelnen quantitativen Erhebungen, die überwiegend auf derselben Datenbasis beruhen (Jenny 2003; 2011), gibt es einige qualitative Zugänge (Grasl 2002; Kraler/Sohler 2005, 5). Zuletzt kam Matzinger in einer Sekundäranalyse der Daten der European Values Study 2008 zu keinen signifikanten Unterschieden zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in Österreich in Sachen politischer Partizipation, wobei dort keine Rücksicht auf die Wahlberechtigung der MigrantInnen genommen werden konnte (Matzinger 2012, 90f.).

Im Folgenden wird kurz auf vorhandene Daten zu politischem Interesse, Wahlbeteiligung und Parteienneigung eingegangen. Aus dem Forschungsstand und den Theoriemodellen werden Thesen abgeleitet, die anhand des vorliegenden Datenmaterials überprüft werden. Nicht eigens behandelt wird das Verhalten politischer Parteien gegenüber der migrantischen Wählergruppe. Für Österreich lassen sich anekdotenhaft Beispiele für den Versuch anführen, in Wahlkämpfen gezielt deren Unterstützung zu gewinnen, seien es MigrantInnen auf Wahllisten, fremdsprachige Wahlplakate und Flugzettel, der Einsatz von ZuwandererInnen in der Wahlwerbung oder bewusst eingesetzte Symbole³ (u.a. Grasl 2002, 154ff.; 162ff.; 173; Kraler/Sohler 2005, 51).

3.1 Politisches Interesse und Wahlbeteiligung

Das politische Interesse wird als wesentlicher Faktor für Partizipation und die Teilnahme an Wahlen gesehen

1 Ireland (2000) bewertet in seiner Dreiteilung ursprünglich den institutionellen Aspekt höher, in vorhandenen empirischen Arbeiten wird hingegen der Herkunft als Variable größere Erklärungskraft zugestanden.

2 Etwa durch eine deutlich stärkere Präsenz in Städten. In Wien lebten beispielsweise im Jahresschnitt 2012 rund 18 Prozent der StaatsbürgerInnen ab 15 Jahren, aber rund 42 Prozent der StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund (Statistik Austria 2014b).

3 So wurde etwa das blaue Armband von FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, welches er auf Wahlplakaten zur Wiener Gemeinderatswahl 2010 oder zur Nationalratswahl 2013 getragen hat, als Symbol der serbisch-orthodoxen Glaubensrichtung interpretiert (dastandard.at 2010).

(u.a. Amadeo et al. 2002), mit höherem Interesse nimmt die Beteiligung zu (Wiedemann 2006, 283). Bezogen auf MigrantInnen finden sich in der Literatur sowohl Thesen zu apolitischen und politisch passiven ZuwandererInnen als auch zur Angleichung ihrer Aktivitäten an den gesellschaftlichen Durchschnitt des jeweiligen Landes (Martiniello 2005, 4f.).

In empirischen Daten hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass wahlberechtigte MigrantInnen zwar ein etwas geringeres politisches Interesse an den Tag legen als die Gesamtbevölkerung (Jenny/Zucha/Hofinger 2003, 13; Wüst 2003, 34; Müssig/Worbs 2012, 16), sie sich aber keineswegs dem Thema entziehen. Die Sekundäranalyse der Daten des European Value Survey belegt keine signifikanten Unterschiede im politischen Interesse von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, wobei erstere jeweils etwas stärker die Extrempositionen auf der vierteiligen Skala („interessiere mich sehr“ bzw. „interessiere mich gar nicht“) wählten (Matzinger 2012, 54f.). Ebenso wenig finden sich signifikante Abweichungen im politischen Informationsverhalten oder bei der Demokratiezufriedenheit (ebd., 57; 60).

Positive Einflüsse auf das politische Interesse haben ein formal höheres Bildungsniveau, die Beherrschung der Landessprache und ein höheres Alter (Müssig/Worbs 2012, 16), ein höherer sozioökonomischer Status sowie Partizipationsrechte an sich (Wiedemann 2006, 269). Männer sind interessierter als Frauen.

Mitglieder der ersten Generation in Deutschland zeigen ein geringeres Interesse als Mitglieder der zweiten Generation, die Aufenthaltsdauer wirkt sich positiv auf das Interesse aus (Müssig/Worbs 2012, 21f.). Direkte ZuwandererInnen fühlen sich eher von Politik überfordert, bezeichnen sie als zu komplex und halten die eigene Meinungsbildung für schwierig. Männer und ältere Personen sind dabei eher von sich überzeugt (vgl. Müssig/Worbs 2012, 24f.). Speziell bei Jugendlichen wird ein positiver Einfluss von Vereinsmitgliedschaften auf das politische Interesse gesehen (Diehl 2004, 242ff., zit. nach Rosenberger et al. 2008, 112).

Auch bei der Wahlbeteiligung finden sich überwiegend Verweise darauf, dass diese unter MigrantInnen tendenziell niedriger ausfällt als in der Gesamtbevölkerung (u.a. Wüst 2003, 34f; Crissey/File 2010, 1f; Kasper/Moser 2008, 231; Wüst 2011, 57; Matzinger 2012, 44), es gibt jedoch ebenfalls Ausnahmen (Wüst 2006; Bird 2011, 26). Für Österreich kommt Matzinger zum Schluss, dass die potentielle Wahlbereitschaft von MigrantInnen etwas niedriger ist als jene der Gesamtbevölkerung, allerdings differenzieren diese Ergebnisse nicht nach der Wahlberechtigung (Matzinger 2012, 44). In den USA haben sich 2010 eingebürgerte Personen nur halb so oft für Wahlen registriert wie der Rest der Bevölkerung, die Wahrscheinlichkeit, dass sie tatsächlich an der Wahl teilnahmen, lag um rund 40 Prozent niedriger. Dieser

Effekt hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt (Crissey/File 2010, 9).

Als positive Einflüsse auf die Wahlbeteiligung gelten das Bildungsniveau und das Alter, ein höherer sozioökonomischer Status sowie die Aufenthaltsdauer. Dazu kommen spezifische Punkte wie das Wahlsystem, das Antreten von KandidatInnen mit Migrationshintergrund, die Intensität der Mediennutzung, staatliche Maßnahmen zur Mobilisierung von MigrantInnen sowie Religiosität und Kirchengangshäufigkeit. Letzteres wird auf eine stärkere Einbindung von MigrantInnen in die Gesellschaft zurückgeführt, weshalb auch der Größe der migrantischen Community, ihrem Organisationsgrad und individuellen Mitgliedschaft in Institutionen wie der Gewerkschaft Bedeutung beigemessen wird (Kasper/Moser 2008, 223; Jenny/Zucha/Hofinger 2003, 11; Müssig/Worbs 2012, 16; Wüst 2003; Wiedemann 2006, 283). Zudem wird auf die Rolle von Vorerfahrungen im jeweiligen Herkunftsland verwiesen, ein Faktor, den die Aufenthaltsdauer wiederum abzuschwächen scheint (Zingher 2012, 18f.).

Damit liegt eine große Palette an Einflussfaktoren für das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft von MigrantInnen vor, allerdings finden sich nur wenige Daten, die den Migrationshintergrund nach spezifischen Herkunftsländern differenzieren. Es stellt sich die Frage, ob der individuelle ethnische Hintergrund – neben anderen Variablen – eine messbare Rolle spielt. Durch die Heterogenität der Gruppe erscheint dies plausibel, die erste zu behandelnde These lautet daher: Das jeweilige Herkunftsland hat einen Einfluss auf das politische Interesse und eine beabsichtigte Wahlteilnahme.

Unterstellt man einen Effekt durch den Migrationshintergrund, so könnte sich dieser umgekehrt durch ein andauerndes Leben im neuen Land – hier Österreich – abschwächen. Diese Aufenthaltsdauer als Phase einer möglichen politischen „Re-Sozialisation“ findet sich wie angeführt in verschiedenen Erhebungen als relevanter Faktor, woraus sich die zweite These ergibt: Das politische Interesse und die Bereitschaft zur Partizipation ändern sich mit der Aufenthaltsdauer.

3.2 Parteineigungen und Wahlverhalten

Aufgrund der inneren Unterschiede in der Gruppe der MigrantInnen kann man nicht von einer geschlossenen Unterstützung für eine bestimmte Parteienfamilie ausgehen (Martiniello 2005, 9; Nacarino/Novotný/Lageson 2012, 16), wenngleich es Verweise auf eine größere Nähe zu Mitte-Links-Parteien oder zu Großparteien gibt (ebd.; Wüst 2011, 99; Kroh/Tucci 2009, 823).

Die Erklärungen vorhandener Parteipräferenzen lassen sich am Beispiel Deutschland in die drei oben skizzierten theoretischen Modelle einordnen. Wüst kommt in seiner Analyse zum Schluss, dass die schwächere Unter-

stützung der CDU durch türkeistämmige Personen unter anderem durch eine kulturellen Dissonanz zwischen dem islamischen Glauben und einer Partei, die den Begriff „christlich“ im Namen trägt, zustande kommt (Wüst 2003, 38)⁴. Für die SPD wird eine Hürde in den historischen Erfahrungen von Personen aus Osteuropa mit sozialistischen Parteien gesehen (Kasper/Moser 2008, 226), beides Beispiele für einen ethnischen Erklärungsansatz des Wahlverhaltens.

Im Sinne der Klassentheorie lässt sich das politische Verhalten in Abhängigkeit des Wohnorts von MigrantInnen in Deutschland interpretieren: Da zugewanderte TürkInnen sich insbesondere in den 1970er Jahren (in der Phase des Gastarbeiterzuzuges) vermehrt im städtischen Arbeitermilieu bewegt haben, hat sich ein struktureller Vorteil für die SPD ergeben, der auch durch Gewerkschaftseinbindung und Nähe zur Arbeiterwohlfahrt dieser Gruppe gestärkt wurde (Kasper/Moser 2008, 227; Müssig/Worbs 2012, 35). Ein Vorsprung von sozialdemokratischen Parteien bei MigrantInnen wird zudem mit deren tendenziell niedrigerem sozioökonomischen Status begründet, wobei dieser Punkt nicht ausreicht, um migrantische Stimmen für diese Parteien zu erklären (Zingher 2012, 4).

Eine dritte Perspektive betont die Haltung politischer Gruppierungen zu rechtlichen Regelungen von Zuwanderung: So sieht Wüst (2003, 38) in einer aussiedlerfreundlichen Politik der CDU/CSU ihre Vorteile etwa bei Russlanddeutschen miterklärt, während die Haltung der SPD bzw. der rot-grünen Regierung in Deutschland für die Einbürgerung von TürkInnen positiver gewesen sei. Kroh/Tucci kommen in ihrer Analyse zum Schluss, dass die „eigene[n] Migrations- und Integrationserfahrungen (...) selbst ein wichtiger Faktor für die Parteibindung von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen“ sind (Kroh/Tucci 2009, 826), was sich in den Kontext der institutionellen Kanalisierungstheorie einfügen lässt.

In allen drei Fällen spielt die konkrete Herkunft bzw. der Hintergrund der MigrantInnen eine entscheidende Rolle, entsprechend lässt sich These drei formulieren: Das jeweilige Herkunftsland hat einen Einfluss auf die Parteipräferenz von wahlberechtigten MigrantInnen in Österreich. Gleichzeitig kann man anhand der vorliegenden Daten die Klassentheorie sowie einen möglichen Einfluss des regionalen Umfelds überprüfen, These vier lautet: Die Parteipräferenzen von MigrantInnen unterscheiden sich nach Art der Berufstätigkeit und Wohnregion. Eine Auseinandersetzung mit der institutionellen Kanalisierung muss an dieser Stelle entfallen, da dafür eine Aufarbeitung der Parteiprogramme und

auch der konkreten politischen Entscheidungen notwendig wäre.

4. Datenbasis und Methode

Wahlberechtigte MigrantInnen sind vor allem aus zwei Gründen eine schwierige Zielgruppe für quantitative Erhebungen: Erstens beteiligen sich Menschen aus Bevölkerungsgruppen, die aus welchen Gründen auch immer als marginalisiert gelten können, weniger an Befragungen (Zingher 2012, 12). Bei MigrantInnen kommen Aspekte wie Sprachkenntnisse bei nichtdeutscher Muttersprache, die Aufenthaltsdauer, eine tendenziell formal niedrigere Bildung oder die Erreichbarkeit zum Tragen.

Zweitens ist die Gruppe wahlberechtigter MigrantInnen in Österreich mit rund einer halben Million Menschen zwar beachtlich, aber doch zu klein, um bei einer Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit aller Wahlberechtigten – und beschränkten Ressourcen hinsichtlich der Stichprobengröße – auf eine ausreichende Fallzahl zu kommen (für eine ähnliche Einschätzung für Deutschland siehe Wüst 2006). Aus diesen Gründen wurde für die hier vorgestellte Studie auf ein bereits bestehendes Befragungspanel von MigrantInnen zurückgegriffen⁵, aus dem eine Quotenstichprobe gezogen wurde.

Online-Befragungen haben ihrerseits Einschränkungen. Da die Grundgesamtheit der InternetnutzerInnen trotz Annäherungen nach wie vor nicht identisch mit der Grundgesamtheit der Bevölkerung ist, ergeben sich automatisch Verzerrungen (Jacob et al. 2011, 119). Dies betrifft u.a. ältere Personen, die das Internet nur unterdurchschnittlich oft verwenden (Integral 2013). Zudem sind Online-Panels in der Rekrutierung teilweise einer Selbstselektion unterworfen, was zu Abweichungen gegenüber der Grundgesamtheit führen kann (u.a. Starsetzki 2003, 51).

Durch die Quotenstichprobe sind die Daten nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit der wahlberechtigten MigrantInnen in Österreich (Jacob et al. 2011, 88f.). Über die Quotierung der Merkmale Geschlecht, Alter, Bundesland und Herkunftsland wurde die Zusammensetzung der Stichprobe zwar an die Grundgesamtheit angenähert (siehe Tab. 2), Rückschlüsse auf die Gruppe der MigrantInnen an sich sollten dennoch nur mit Vorsicht gezogen werden.

Um der geringeren Präsenz von älteren Personen Rechnung zu tragen, wurde die Erhebung um persönlich durchgeführte Interviews ergänzt. Es handelte sich dabei um CAPI-Interviews (computer assisted personal interview), bei denen die Befragungspersonen privat

4 Es gibt auch anderslautende Befunde, Martiniello verweist etwa darauf, dass – allerdings auf Basis nur wenig vorliegender Daten – MuslimInnen sowohl sozialdemokratische wie auch konservative Parteien unterstützen würden (Martiniello 2005, 10).

5 Es handelte sich dabei um ein Online-Panel von Ethnopinion.

Tabelle 2: Struktur der Stichprobe im Vergleich mit der Bevölkerungsverteilung

	absolut (ungewichtet)	in Prozent	wahlberechtigte MigrantInnen gesamt*
Männer	459	45	45
Frauen	562	55	55
15 bis 24 Jahre**	238	23	15
25 bis 34 Jahre	206	20	15
35 bis 44 Jahre	133	13	18
45 bis 54 Jahre	157	15	17
55 bis 64 Jahre	158	15	15
65 Jahre und älter	128	13	20
Pflichtschule	327	32	37
Lehre	286	28	27
BMS	123	12	10
Matura	174	17	16
Universität o.ä.	112	11	10
Erwerbstätig	549	54	51
Arbeitslos	57	7	8
in Pension	213	21	26
Burgenland	22	2	2
Kärnten	21	2	3
Niederösterreich	97	10	15
Oberösterreich	119	12	14
Salzburg	60	6	5
Steiermark	120	12	7
Tirol	52	5	7
Vorarlberg	33	3	5
Wien	497	49	42

Anmerkungen: *Statistik Austria 2013. **in der Stichprobe erst ab 16 Jahren.
Abweichungen bei absoluten Zahlen aufgrund fehlender Angaben, bei Prozentangaben aufgrund von Rundungen.

aufgesucht wurden und anschließend den zur Online-Befragung identischen Fragebogen auf einem Laptop ausfüllten. Die InterviewerInnen traten dabei nur bei technischen Fragen in Erscheinung. Die Rekrutierung erfolgte über ein persönliches Sampling durch die InterviewerInnen in den Wohnregionen der Zielgruppe anhand vorgegebener Quoten.

Sowohl online wie auch persönlich konnten die Interviewten den Fragebogen auf Deutsch, Türkisch, Bosnisch, Kroatisch oder Serbisch ausfüllen. Die InterviewerInnen waren ebenfalls mehrsprachig, beides Faktoren, die zur Güte einer Befragung unter MigrantInnen beitragen (Blohm/Diehl 2001, 240f.).

Im Projekt wurden 1.021 wahlberechtigte Personen mit Migrationshintergrund befragt, davon liefen 703 Interviews online ab und 318 wurden persönlich durchgeführt (insgesamt führten zehn InterviewerInnen die persönlichen Interviews in Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck). Die Feldzeit dauerte von 4. bis 29. September 2013. Die Verteilung der nicht quotierten Eigenschaften Bildungsgrad und Tätigkeit zeigt, dass die Anpassung der Stichprobe an die Grundgesamtheit zumindest in diesen Kategorien relativ gut gelungen ist. Die Verzerrung beim Alter konnte trotz der eingesetzten persönlichen Interviews nicht zur Gänze ausgeglichen werden, regional sind Wien und Niederösterreich etwas über-, die Steiermark etwas unterrepräsentiert. Diese Abweichungen wurden mittels Gewichtung angepasst.

Die Quotierung nach Herkunftsländern unterschied Personen mit türkischem Hintergrund, Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien), aus Deutschland, aus den EU-Beitrittsstaaten 2004/2007 (inklusive Slowenien) sowie aus weiteren Ländern, unterteilt in Industrienationen (EU-Staaten, Norwegen, Nordamerika/Kanada, Japan und Südkorea) und Drittstaaten (siehe Tab. 3). Rund 70 Personen machten keine Angaben.

Tabelle 3: Herkunftsregionen der befragten Personen

	absolut (ungewichtet)	in Prozent
ehem. Jugoslawien	276	27
EU 2004/2007	214	21
Deutschland	174	17
Türkei	158	15,5
Industrienationen	61	6
Drittstaaten	69	6,8
keine Angabe	68	6,7

5. Ergebnisse

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse deskriptiv dargestellt und Unterschiede zwischen Untergruppen auf ihre Signifikanz untersucht. Die Berechnung von signifikanten Abweichungen, die streng genommen eine Zufallsstichprobe voraussetzt, geschieht zur Orientierung und ist zurückhaltend zu interpretieren. Die Analyse kann sich naturgemäß nur auf die im Datensatz vorhandenen Variablen stützen. Entsprechend der Verfügbarkeit werden Geschlecht, Alter, Herkunftsland,

erste/zweite Generation, formale Bildung und Gewerkschaftsmitgliedschaft ausgewertet, für die erste Generation wird zudem die Aufenthaltsdauer hinzugezogen. Bei der Wahlbeteiligung werden weiters das politische Interesse und der subjektive Informationsgrad dargestellt, die in der Literatur als Einflussfaktoren identifiziert werden (u.a. Aichholzer et al. 2014, 178), für die Parteipräferenz kommen die Berufstätigkeit (ArbeiterIn, AngestellteR, Selbständig) und die Wohnregion hinzu, wobei die Bundesländer aufgrund der Fallzahl zu Regionen zusammengefasst werden.⁶ Auf eine Auswertung nach der Religionszugehörigkeit wird verzichtet, da ein starker Zusammenhang zwischen Herkunft und Religion vorliegt ($p < 0,01$, Cramers $V = 0,38$). Für die Darstellung des politischen Interesses wird neben dieser Frage auch eine Aussage zur subjektiven Bedeutung von Partizipation eingesetzt.

Um die Stärke möglicher Zusammenhänge zu illustrieren wird in einem zweiten Schritt jeweils eine logistische Regression zu den Aussagen zum politischen Interesse, zur Wahlbeteiligung und der Parteipräferenz durchgeführt. Die unabhängigen Variablen wurden dazu in Dummy-Variablen umgewandelt (0=Eigenschaft liegt nicht vor, 1=Eigenschaft liegt vor), ebenso wurden

die Antworten zu den Aussagen entsprechend codiert (0=der Aussage wird eher/gar nicht zugestimmt, 1=der Aussage wird eher/sehr zugestimmt). Für Wahlbeteiligung und Parteipräferenz gilt das gleiche (0=eher/eher nicht/keine Wahlteilnahme bzw. noch unsicher, 1=sichere Wahlteilnahme; 0=keine Stimme für Partei X, 1=Stimme für Partei X). Das Alter und die Aufenthaltsdauer wurden intervallskaliert eingesetzt.

⁶ Die Regionen sind Wien, Niederösterreich/Oberösterreich, Salzburg/Tirol/Vorarlberg, Kärnten/Steiermark/Burgenland.

Die befragten MigrantInnen nannten im September 2013 zu 25 Prozent ein sehr großes Interesse an der Politik in Österreich, 51 Prozent waren eher, 20 Prozent eher nicht und drei Prozent gar nicht daran interessiert. Ein Viertel der befragten MigrantInnen meinte, sich ausreichend informiert zu fühlen, um am politischen System in Österreich teilnehmen zu können, 43 Prozent stimmten dieser Aussage eher zu. Die Möglichkeit, sich zu beteiligen, bewerteten 31 Prozent als sehr und 37 Prozent als eher wichtig.

In der deskriptiven Auswertung (siehe Tab. 4) war das politische Interesse unter Männern – nach deren Angaben – um zehn Prozentpunkte höher als unter Frauen, zwischen der Gruppe der bis 29-Jährigen und der Generation 60plus lagen 16 Prozentpunkte (69 bzw. 85 Prozent sehr/eher großes Interesse). 79 Prozent der nicht in Österreich geborenen Befragten bezeichneten sich als politisch interessiert, in der zweiten Generation waren es 72 Prozent.

Unter PflichtschulabsolventInnen gaben 69 Prozent an, politisch interessiert zu sein, unter UniversitätsabsolventInnen waren es mit 88 Prozent deutlich mehr. Gewerkschaftsmitglieder sagten zu 83 Prozent, an Politik in Österreich interessiert zu sein (gegenüber 75 Prozent der Nichtmitglieder). Bei Personen, die zwischen elf und 30 Jahren in Österreich leben, war das Interesse unterdurchschnittlich ausgeprägt (70 bzw. 74 Prozent), bei längerem Aufenthalt jedoch signifikant höher (93 bzw. 82 Prozent).

Die Differenzierung nach Herkunftsländern ergab in der deskriptiven Auswertung besonders Abweichun-

gen für Befragte aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei: Beide Gruppen nannten ein unterdurchschnittliches politisches Interesse (71 bzw. 66 Prozent), Befragte aus den EU-Beitrittsländern von 2004/2007 und aus Industrienationen bezeichneten sich als überdurchschnittlich interessiert (83 bzw. 84 Prozent).

Der persönliche Stellenwert von politischer Beteiligung war geringeren Schwankungen unterworfen: So betrug der Abstand zwischen Männern und Frauen nur vier Prozentpunkte (75 bzw. 71 Prozent stimme sehr/eher zu), auch zwischen den unter 30-Jährigen und den Befragten über 60 Jahre lagen nur sechs Prozentpunkte (72 bzw. 78 Prozent), zwischen erster und zweiter Generation drei Prozentpunkte (74 bzw. 71 Prozent) und zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern vier Prozentpunkte (76 bzw. 72 Prozent). Vergleichsweise groß blieb der Abstand zwischen Pflichtschul- und HochschulabsolventInnen (64 bzw. 89 Prozent Zustimmung) und nach Aufenthaltsdauer: Ab einem Aufenthalt von 30 Jahren gewann die persönliche Beteiligung an Bedeutung (82 bzw. 83 Prozent).

Nach der Herkunft maßen Befragte aus Industriestaaten und aus Deutschland politischer Beteiligung einen größeren Stellenwert zu (76 bzw. 79 Prozent), türkeistämmige Befragte bezeichneten diese Möglichkeiten zu 59 Prozent als wichtig, was 14 Prozentpunkte unter dem Gesamtergebnis lag. Befragte mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien lagen mit 72 Prozent im Durchschnitt.

Tabelle 4: Politisches Interesse und Wahlteilnahme

	N	Interesse an Politik	politische Beteiligung ist persönlich wichtig	Wahlteilnahme sicher
Gesamt	1.021	76	73	57
Männer	459	82***	75	55
Frauen	562	72***	71	58
bis 29 Jahre	241	69***	72	46***
30 bis 59 Jahre	483	76	70	56
60 Jahre und älter	298	85***	78**	66***
ehem. Jugoslawien	276	71**	72	48**
EU 2004/2007	214	83*	76	63*
Deutschland	174	83	79***	68**

Türkei	158	66***	59**	37***
Industrienationen	61	84***	76*	80***
erste Generation	679	79**	74	58
zweite Generation	342	72**	71	54
Aufenthalt:				
bis 10 Jahre	72	82	76	49
11-20 Jahre	135	70***	67**	39***
21-30 Jahre	216	74*	66*	56
31-40 Jahre	123	93*	82*	63
über 40 Jahre	133	82***	83**	83***
Pflichtschule				
Pflichtschule	327	69***	64***	44***
Lehre	286	76	71	58
BMS	123	77	78	62
Matura	174	83	79*	67**
Universität o.ä.	112	88**	89***	69**
Gewerkschaftsmitglied				
Gewerkschaftsmitglied	190	83*	76	70***
kein Gewerkschaftsmitglied	832	75*	72	54***
politisch interessiert				
politisch interessiert	780			66***
politisch nicht interessiert	241			27***
fühlt sich gut informiert				
fühlt sich gut informiert	695			66***
fühlt sich nicht gut informiert	326			38***

Anmerkungen: Die Kategorie „Drittstaaten“ wird aufgrund ihrer Heterogenität nicht ausgewiesen. Zur Vereinfachung werden die zustimmenden bzw. beim politischen Interesse positiven Antworten zusammengefasst (sehr/eher interessiert bzw. stimme sehr/eher zu). Die Signifikanz bezieht sich auf die gesamte vierteilige Skala. Die Werte bei der Wahlteilnahme beziehen sich auf die Antwort „werde sicher teilnehmen“. Angaben in Prozent, N in absoluten Zahlen. Markiert sind signifikante Unterschiede der jeweiligen Untergruppe zu den übrigen Befragten (Mann-Whitney-U-Test bzw. Chi² für die Wahlteilnahme, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001).

Bezogen auf die Nationalratswahl 2013 gaben 57 Prozent der befragten MigrantInnen an, sicher daran teilnehmen zu wollen, 30 Prozent eher schon, sieben Prozent eher nicht und drei Prozent sicher nicht. Vier Prozent machten keine Angaben. Diese Daten lassen keinen genauen Schluss auf die tatsächliche Wahlbeteiligung zu, da sie über einen längeren Zeitraum erhoben wurden und somit Schwankungen in der Wahlbereitschaft und mögliche kurzfristige Entscheidungen nicht abbilden können. Zudem ist bei Fragen zur Wahlbeteiligung mit einer gewissen Überdeklaration zu rechnen. Angesichts

einer in den drei Tagen vor der Nationalratswahl erhobenen sicheren Wahlteilnahme von rund 80 Prozent (ISA/SORA 2013) lässt sich jedoch die Annahme vertreten, dass die Wahlbeteiligung unter MigrantInnen etwas niedriger ausgefallen sein dürfte als im Durchschnitt.

Bei der beabsichtigten Wahlteilnahme gab es nur wenig Unterschiede nach dem Geschlecht (55 Prozent Männer bzw. 58 Prozent Frauen) und zwischen erster und zweiter Generation (58 bzw. 54 Prozent). Abweichungen fanden sich vor allem zwischen jüngster und ältester Altersgruppe (46 bzw. 66 Prozent), nach Gewerkschafts-

mitgliedschaft (70 bzw. 54 Prozent) und nach niedriger und höchster formaler Bildung (44 bzw. 69 Prozent). Auch eine längere Aufenthaltsdauer führte zu einer stärker ausgeprägten Wahlabsicht.

Befragte aus dem ehemaligen Jugoslawien und vor allem aus der Türkei waren mit 48 bzw. 37 Prozent deutlich unsicherer, ob sie an der Nationalratswahl teilnehmen würden. Die anderen Gruppen beabsichtigten demgegenüber öfter, zur Wahl zu gehen, insbesondere bei Personen aus Deutschland (68 Prozent) und aus Industriestaaten (80 Prozent) lag die Wahlabsicht signifikant über dem Durchschnitt.

Das Interesse und der Informationsgrad wirkten sich stark auf die Sicherheit der Wahlteilnahme aus: Befragte, die sich sehr oder eher für Politik interessierten, gaben zu 66 Prozent an, sicher wählen gehen zu wollen, bei den weniger oder gar nicht Interessierten waren es nur 27 Prozent. MigrantInnen mit einem sehr oder eher hohen subjektiven Informationsgrad (insgesamt 68 Pro-

zent) waren sich zu zwei Drittel ihrer Wahlteilnahme sicher, bei den übrigen Personen lag der Wert bei 38 Prozent.

Die Regressionsmodelle zeigen ähnlich den deskriptiven Ergebnissen mehrere signifikante Zusammenhänge. Das Geschlecht spielte für das politische Interesse eine signifikante Rolle, mit dem Alter erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit für politisches Interesse, einen höheren subjektiven Stellenwert politischer Beteiligung und eine Wahlteilnahme signifikant. Dasselbe galt für eine höhere formale Bildung. Starke Effekte für die Wahlteilnahme hatten zudem die Gewerkschaftsmitgliedschaft, politisches Interesse und ein subjektiv guter Informationsstand.

Ein Herkunftseffekt blieb in diesen Modellen vor allem bei türkeistämmigen MigrantInnen und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bestehen. Bei beiden war die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der politisch Interessierten bzw. der sicheren WahlteilnehmerInnen

Tabelle 5: Regressionsmodelle zu Interesse und Wahlteilnahme

	Interesse an Politik	politische Beteiligung ist persönlich wichtig	Wahlteilnahme sicher
Geschlecht: Mann	,419*	,243	-,418*
Alter	,018**	,018**	,026***
Deutschland (Referenz)			
ehem. Jugoslawien	-,586*	-,290	-,548*
EU 2004/2007	-,010	-,192	-,406
Türkei	-,617*	-,599*	-,731*
Industriestaaten	,010	-,175	,671
1. Generation	-,113	,189	,484*
Pflichtschule (Referenz)			
Lehre	,151	,096	,174
BMS	,661*	,833*	,800**
Matura	1,020**	,666*	,594*
Universität o.ä.	,991*	1,305**	,651*
Gewerkschaftsmitglied	,381	,044	,855***
politisch sehr/eher interessiert			1,513***
ausreichend informiert			,885***
Konstante	,199	-,048	-2,616
Pseudo-R ²	,114	,083	,327
N	1.021	1.021	1.021

Anmerkung: angegeben ist der Regressionskoeffizient B

zu gehören, signifikant geringer, bei ersteren galt das auch für die Frage zur subjektiven Wichtigkeit politischer Beteiligung.

Ein auf die erste Generation beschränktes Regressionsmodell unter Einbeziehung der Aufenthaltsdauer er-

gab keinen signifikanten Effekt auf das Interesse, allerdings auf die Bewertung politischer Beteiligung generell und die sichere Wahlabsicht. Die Wahrscheinlichkeit für eine zustimmende Antwort nahm in beiden Fällen mit längerer Aufenthaltsdauer zu.

Tabelle 6: Parteipräferenzen

	N	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS	weiß ich noch nicht
Gesamt	1.021	30	10	9	11	6	3	24
Männer	459	31	15***	9	8**	6	3	22
Frauen	562	29	6***	9	13**	6	3	26
bis 29 Jahre	241	25	4***	10	12	6	3	29*
30 bis 59 Jahre	483	29	11	11	11	6	4*	23
60 Jahre und älter	298	36*	14**	5**	9	6	1*	22
ehem. Jugoslawien	276	38**	9	9	7*	9**	3	19
EU 2004/2007	214	25	12	12	9	5	5*	27
Deutschland	174	23*	16**	10	14	5	2	23
Türkei	158	47***	8	4**	15*	2*	3	16**
Industrienationen	61	15**	12	13	15	8	2	25
erste Generation	679	32	12*	10	11	5	3	21**
zweite Generation	342	26	7*	7	11	7	3	30**
Pflichtschule	327	37**	9	10	6***	6	3	23
Lehre	286	30	12	12*	9	7	3	19*
BMS	123	22*	11	8	14	7	3	30
Matura	174	28	9	8	16*	3	5	26
Universität o.ä.	112	21*	10	3*	20**	5	3	31
Gewerkschaftsmitglied	190	33	11	9	11	6	3	24
kein Gewerkschaftsmitglied	832	29	7	10	11	5	3	23
Wien	421	34*	9	9	11	6	4	20**
NÖ/OÖ	276	27	11	8	9	6	3	30*
SBG/T/VBG	169	24	7	13	12	8	2	30*
KTN/STMK/BGLD	155	32	13	7	11	3	4	20
ArbeiterIn	159	37*	14	11	6*	5	2	16*
Angestellter	279	24*	9*	14**	10	5	5*	27
Selbständig	74	18*	19**	8	20**	5	4	15

Anmerkungen: Angaben in Prozent, fehlende Werte auf 100=andere Parteien, ungültige Stimmen und Rundungsfehler; N in absoluten Zahlen. Markiert sind signifikante Unterschiede der jeweiligen Untergruppe zu den übrigen Befragten (Chi², *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001).

Die erste These lässt sich damit speziell für die Türkei und das ehemalige Jugoslawien annehmen. MigrantInnen mit entsprechenden Wurzeln haben in der Studie ein geringeres politisches Interesse gezeigt und waren unsicherer, ob sie überhaupt an der Wahl teilnehmen würden. Daneben zeigten sich signifikante Effekte insbesondere beim Alter und der formalen Bildung. Die zweite These ist für das Interesse an der Politik in Österreich abzulehnen, für die Partizipationsbereitschaft trifft sie hingegen zu. Hier trägt die Aufenthaltsdauer zur Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der sicher Wählenden zu gehören, signifikant bei.

Die erhobenen Angaben zur Parteipräferenz sind aufgrund der ausgedehnten Feldarbeit nicht als Abbildung des Wahlverhaltens bei der Nationalratswahl 2013 zu werten. Im Interesse einer größeren Basis wurden in der Auswertung auch Befragte berücksichtigt, die sich ihrer Wahlteilnahme noch nicht sicher waren. Die MigrantInnen gaben zu rund 30 Prozent an, für die SPÖ stimmen zu wollen bzw. dass diese Partei am ehesten für sie in Frage käme. Jeweils rund zehn Prozent sagten dasselbe über die ÖVP, die FPÖ und die Grünen. Das Team Stronach kam auf sechs Prozent, die NEOS auf drei Prozent, 24 Prozent konnten oder wollten (noch) keine Angaben machen. Der Rest entfiel auf andere Listen und eine beabsichtigte ungültige Stimmabgabe.

Die SPÖ konnte mit überdurchschnittlich vielen Stimmen älterer WählerInnen (36 Prozent) und von PflichtschulabsolventInnen (37 Prozent) rechnen, die ÖVP eher mit Stimmen von Männern (15 Prozent) und ebenfalls älteren Personen (14 Prozent), bei den unter 30-Jährigen lag sie ähnlich zur SPÖ schlechter (vier bzw. 25 Prozent). Die FPÖ war bei Befragten mit Lehrabschluss besser (zwölf Prozent), bei MigrantInnen im Alter von 60 Jahren oder darüber hingegen schlechter (fünf Prozent). Frauen sprachen sich mehr für die Grünen aus (13 Prozent), unter MigrantInnen (16 Prozent) und HochschulabsolventInnen (20 Prozent) erhielten sie ebenfalls mehr Zustimmung. Nach Gewerkschaftsmitgliedschaft gab es keine signifikanten Abweichungen.

Herkunftseffekte zeigten sich vor allem bei der SPÖ. Befragte mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien und der Türkei deklarierten sich mit 38 bzw. 47 Prozent deutlich stärker für sie, Personen aus Deutschland oder aus Industrienationen mit 23 bzw. 15 Prozent deutlich schwächer. Die ÖVP konnte umgekehrt mehr Unterstützung bei MigrantInnen aus Deutschland erreichen (16 Prozent), die Grünen bei türkeistämmigen Personen (15 Prozent). Dafür lag die Partei bei Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien mit sieben Prozent schlechter, ebenso die FPÖ bei Befragten mit türkischem Hintergrund (vier Prozent). Befragte mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien deklarierten sich stärker für das Team Stronach, türkeistämmige Personen hingegen weniger häufig (neun bzw. zwei Prozent).

Nach Wohnregion lag die SPÖ in Wien besser (34 Prozent), weitere Abweichungen waren nicht signifikant. Unter den Berufsklassen war die SPÖ unter ArbeiterInnen erfolgreicher (37 Prozent), Angestellte und Selbständige wollten seltener für sie stimmen (24 bzw. 18 Prozent). Die ÖVP und die Grünen wurden von Selbständigen stärker unterstützt (19 bzw. 20 Prozent), FPÖ und NEOS lagen bei Angestellten über dem Durchschnitt (14 bzw. fünf Prozent).

Für SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne wurde jeweils ein Regressionsmodell getestet, das die genannten Variablen zusammenführte und nur die Befragten, die sich für eine dieser Parteien deklariert hatten, berücksichtigte. Das Alter zeigte dabei durchgehend signifikante Effekte, je älter die befragten MigrantInnen waren, desto wahrscheinlicher war eine Nähe zu SPÖ oder ÖVP, bei Jüngeren zu FPÖ oder Grünen. Die ÖVP konnte tendenziell eher mit Männer-, die Grünen mit Frauenstimmen rechnen. Eine höhere Bildung erhöhte die Wahrscheinlichkeit für die Unterstützung der Grünen, umgekehrt sanken die Chancen der FPÖ besonders bei HochschulabsolventInnen.

Nach Herkunft waren signifikante Effekte vor allem bei Personen mit ex-jugoslawischem oder türkischem Hintergrund zu finden, in Form eines stärkeren Zspruchs zur SPÖ (in beiden Gruppen) und einer größeren Distanz zu ÖVP und Grünen (Ex-Jugoslawien) bzw. zur FPÖ (Türkei). Die Wohnregion wirkte sich in diesen Modellen nicht signifikant aus, die Tätigkeit, die in einem eigenen Modell nur für berufstätige Befragte getestet wurde, ebenfalls nicht.

Die dritte These, nämlich dass das jeweilige Herkunftsland einen Einfluss auf die Parteipräferenz von wahlberechtigten MigrantInnen in Österreich hat, kann ebenfalls für Personen mit ex-jugoslawischen und türkeistämmigen Wurzeln angenommen werden. Insbesondere im Vergleich mit anderen Variablen zeigten sich starke Effekte, die bei anderen ethnischen Hintergründen nicht in dieser Deutlichkeit auftreten.

These vier ist zumindest mit Blick auf die deskriptive Auswertung der Berufstätigkeit nicht komplett abzulehnen. Vor allem zwischen ArbeiterInnen und Selbständigen gab es signifikante Unterschiede bei SPÖ, ÖVP und Grünen, die allerdings in den Regressionsmodellen nicht erhalten blieben. Einschränkend für diese Auswertung sind die bereits kleinen Fallzahlen. Die Annahme regionaler Abweichungen muss hingegen verworfen werden, mit einer Ausnahme ergaben sich keine signifikanten Abweichungen in den Parteipräferenzen. Auch hier besteht das Problem, dass aufgrund der Fallzahlen Bundesländer zu Regionen zusammengefasst werden mussten und sich damit dominierende Parteieinflüsse teils vermischten.

Tabelle 7: Regressionsmodelle zur Parteipräferenzen

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Geschlecht: Mann	-,256	,984***	-,053	-,551*
Alter	0,21**	,029**	-,030**	-,026**
Deutschland (Referenz)				
ehem. Jugoslawien	,821**	-,757*	-,322	-1,240**
EU 2004/2007	,332	-,428	,297	-,563
Türkei	1,471***	-,670	-1,448*	-,197
Industriestaaten	-,465	-,567	,563	-,063
1. Generation	,142	-,121	,388	-,066
Pflichtschule (Referenz)				
Lehre	-,299	,039	,299	,562
BMS	-,606	,339	-,538	,973*
Matura	-,386	,035	-,262	1,139**
Universität o.ä.	-,494	-,026	-1,325*	1,237**
Gewerkschaftsmitglied	,171	-,620	,078	,105
Wien (Referenz)				
NÖ/OÖ	-,242	,207	-0,81	,222
SBG/T/VBG	-,447	-,455	,372	,856
KTN/STMK/BGLD	,122	-,110	-,745	,723
Konstante	-1,623**	-3,025***	-,615	-,865
Pseudo-R ²	,116	,134	,100	,157
N	682	682	682	682

Anmerkung: angegeben ist der Regressionskoeffizient B

6. Fazit und Ausblick

Die Analyse zeigt für das politische Interesse, die Wahlbereitschaft und die Parteipräferenzen einen Herkunftseffekt, der speziell bei MigrantInnen mit ex-jugoslawischem und türkischem Hintergrund auftritt. Beide Gruppen unterscheiden sich in den untersuchten Fragen zum Teil deutlich von der Gesamtheit der wahlberechtigten MigrantInnen. Darüber hinaus sind vereinzelte Effekte bei Personen aus Deutschland und aus anderen Industrienationen sichtbar. Weitere relevant erscheinende Variable sind insbesondere das Alter und die formale Bildung, die bei Interesse, Wahlabsicht und Parteipräferenz auftreten.

In der Analyse muss beachtet werden, dass die Daten keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben

können, zu groß sind die Limitierungen, die sich aus der Stichprobenmethode ergeben. Trotz dieser Einschränkung können sie als Orientierung in einem Feld dienen, in dem es in Österreich noch Forschungslücken gibt. Neben der Überprüfung und dem Ausbau der vorhandenen Ergebnisse ist für zukünftige Erhebungen unter anderem eine genauere Differenzierung der Herkunftsländer interessant. Die getroffene Einteilung bleibt trotz der vergleichsweise großen Basis unzureichend, Sammelkategorien wie die EU-Beitrittsstaaten 2004/2007 oder die Staaten des ehemaligen Jugoslawien fassen (stark) unterschiedliche Regionen zusammen. Eine genauere Analyse steht freilich vor dem Problem rasch kleiner werdender Fallzahlen.

Ebenso bietet sich eine Auseinandersetzung mit dem Auftreten österreichischer Parteien gegenüber Migrant-

Innen an, um den Kontext für vorhandene Parteieinigungen besser fassen zu können. Ein weiterer Zugang wäre der direkte Vergleich von MigrantInnen und der übrigen Bevölkerung, um die skizzierten und potentiell widerläufigen Einflüsse – Herkunftseffekt und mögliche „Anpassung“ an die neue Gesellschaft durch eine längere Aufenthaltsdauer – mit Einstellungen der Gesamtbevölkerung vergleichen zu können.

Literatur

- Aichholzer, Julian/David Johann/Eva Zeglovits (2014). Wahlbeteiligung, in: Sylvia Kritzinger/Wolfgang C. Müller/Klaus Schönbach (Hg.): Die Nationalratswahl 2013. Wie Parteien, Medien und Wählerschaft zusammenwirken, Wien, 177-189.
- Amadeo, Jo Ann/Judith Torney-Purta/Rainer Lehmann/Vera Husfeldt/Roumiana Noikolova (2002). Civic Knowledge and Engagement, Amsterdam.
- Bauböck, Rainer (2005). Expansive Citizenship: Voting beyond Territory and Membership, in: Political Science and Politics, Vol. 38 (4), 683-687.
- Bird, Karen/Thomas Saalfeld/Andreas M. Wüst (2011). The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, parties and parliaments in liberal democracies, Oxon/New York.
- Blohm, Michael/Claudia Diehl (2001). Wenn MigrantInnen MigrantInnen befragen. Zum Teilnahmeverhalten von Einwanderern bei Bevölkerungsumfragen, in: Zeitschrift für Soziologie, Vol. 30(3), 223-242.
- Bundesministerium für Inneres (BMI) (2009). Europawahl 2009 – Endgültige Zahl der Wahlberechtigten. Internet: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/EUW_09_WB_E.pdf (Zugriff: 20.2.2014).
- Cho, Wendy K.T./James Gimple/Joshua J. Dyck (2006). Residential Concentration, Political Socialization, and Voter Turnout, in: The Journal of Politics, Vol. 68(1), 156-167.
- Crissey, Sarah R./Thom File (o.J.). Voting Behavior of Naturalized Citizens: 1996-2010. Internet: http://www.census.gov/hhes/www/socdemo/voting/publications/other/Voting_Behavior_of_Naturalized_Citizens.pdf (Zugriff: 20.2.2014).
- Dastandard.at (2010). Radikal und radikal gesellt sich gern, 7. Juli 2010, <http://dastandard.at/1277337606229/> Kommentar-Radikal-und-radikal-gesellt-sich-gern (Zugriff: 11.3.2014).
- Diehl, Claudia (2004). Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenz, in: Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, 231-250.
- Expertenrat für Integration (2013). Integrationsbericht 2013. Perspektiven und Handlungsempfehlungen, Wien.
- Filzmaier, Peter/Christoph Hofinger/Flooh Perlot/Aleksandra Ptaszynska (2009). Die Nationalratswahl 2008, in: Peter Filzmaier/Peter Plaikner/Karl A. Duffek (Hg.): Stichwort Wählen, Wien, 13-38.
- Grasl, Alexandra (2002). MigrantInnen als Akteure der österreichischen Politik. Politische Partizipation der neuen Minderheiten: Teilhabemöglichkeiten und -barrieren, erste Erfahrungen ethnischer MandatsträgerInnen, Diplomarbeit, Wien.
- Institut für Strategieanalysen (ISA)/Institute for Social Research and Consulting (SORA) (2013). Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2013 im Auftrag des ORF. Internet: www.strategieanalysen.at/wahlen (Zugriff: 20.3.2014).
- Integral (2014). Austrian Internet Monitor. Internet: www.integral.co.at/en/aim/ (Zugriff: 20.3.2014).
- Ireland, Patrick (2000). Die politische Partizipation der Einwanderer in Westeuropa: Die Macht der Institutionen, in: Jan W. van Deth/Thomas König (Hg.): Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt, Frankfurt/New York, 249-280.
- Jacob, Rüdiger/Andreas Heinz/Jean Philippe Décieux/Willy H. Eirmbter (2011). Umfrage, München.
- Jenny, Marcelo (2011). Austria, in: Karen Bird/Thomas Saalfeld/Andreas M. Wüst (Hg.): The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, parties and parliaments in liberal democracies, Oxon/New York, 51-53.
- Jenny, Marcello (2003). Politikinteresse und Bereitschaft zur politischen Partizipation bei MigrantInnen in Wien, in: Wiener Integrationsfonds (Hg.): Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis, Wien, 127-140.
- Jenny, Marcelo/Vlasta Zucha/Christoph Hofinger (2003). Voting rights support successful integration – a Vienna case study, in: Equal Voices, Vol. 12, 10-14.
- Kasper, Christian/Bernhard Moser (2008). Wahlverhalten von Neubürgern, MigrantInnen und EU-Bürgern. Ein „weißer Fleck“ in der österreichischen Sozialforschung, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Wien, 217-234.
- Kraler, Albert/Karin Sohler (2005). Active Civic Participation of Immigrants in Austria. Internet: www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/Austria.pdf (Zugriff: 20.3.2014).
- Kritzinger, Sylvia/Eva Zeglovits/Michael S. Lewis-Beck/Richard Nadeau (2013). The Austrian Voter, Wien.

- Kroh, Martin/Ingrid Tucci* (2009). Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht fürchten, Wochenbericht 47, Berlin.
- Martiniello, Marco* (2005). Political participation, mobilisation and representation of immigrants and their offspring in Europe, Willy Brandt Series of Working Papers in International Migration and Ethnic Relations, 1/2005, Malmö.
- Matzinger, Johannes* (2012). Politische Partizipation von MigrantInnen in Österreich. Eine Sekundäranalyse zur Variable „Migrationshintergrund“ im European Values Study 2008, Diplomarbeit, Wien.
- Müssig, Stephanie/Susanne Worbs* (2012). Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Working Paper 46 aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 10, Nürnberg.
- Nacarino, Rodrigo Castro/Vít Novotný/John Lageson* (2012). Migrating Towards Participation: Immigrants and Their Descendants in the Political Process. CES Policy Brief October 2012. Internet: http://martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/migrating_towards_participation_web.pdf (Zugriff: 8.5.2015).
- Plasser, Fritz/Gilg Seeber* (2010). Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte, in: Fritz Plasser (Hg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien, 273-312.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Gilg Seeber* (2007). Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen und Kandidatenorientierungen 2006. In: Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien, 155-194.
- Rosenberger, Sieglinde/Florian Walter/Patrick Fuchs* (2008). Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration, in: *Demokratiezentrum Wien* (Hg.): Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“, Wien, 75-118.
- Starsetzki, Thomas* (2003). Rekrutierungsformen und ihre Einsatzbereiche, in: Axel Theobald/Marcus Dreyer/Thomas Starsetzki (Hg.): Online-Marktforschung. Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen, 2. Auflage, Wiesbaden, 41-52.
- Statistik Austria* (2014a). Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund. Internet: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/ (Zugriff: 20.2.2014)
- Statistik Austria* (2014b). Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Jahresdaten 2013. Internet: <http://statcube.at> (Zugriff: 20.1.2015)
- Statistik Austria* (2014c). migration & integration. zahlen. daten.indikatoren 2014. Wien.
- Statistik Austria* (2013). Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Jahresdaten 2012. Internet: <http://statcube.at> (Zugriff: 20.2.2014).
- Wiedemann, Claudia* (2006). Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen, in: Beate Hoecker (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen, 261-286.
- Wüst, Andreas M.* (2011). Conclusion, in: Karen Bird/Thomas Saalfeld/Andreas M. Wüst (Hg.): The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, parties and parliaments in liberal democracies, Oxon/New York, 57-58.
- Wüst, Andreas M.* (2006). Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat, (4), 228-234.
- Wüst, Andreas M.* (2003). Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Vol. 52, 29-38.
- Zingher, Joshua* (2012). Patterns of Immigrant Political Behaviour in Australia: An Analysis of Immigrant Voting in Ethnic Context, in: Australian Journal of Political Science, Vol. 47 (3), 377-397.

Autoren

Peter Filzmaier, Univ.-Prof. Dr., geb. 1967, Professor für Politische Kommunikation an der Karl-Franzens-Universität Graz und Leiter der Plattform Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems, sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Forschungsinteressen: Wahl- und Partizipationsforschung, Politische Bildung, Politik und (neue) Medien, „public goods“ und öffentliche Kommunikation, und Vergleich politischer Systeme.

Markus Patscheider, Mag. (FH), geb. 1988; Studium Public Management an der FH Kärnten, seit 2013 Doktoratsstudium der Politikwissenschaften; 2011 bis 2012 Landesparteidirektor der ÖVP Kärnten; 2013 bis 2014 Abteilungsleiter im Österreichischen Integrationsfonds; seit Mai 2015 Mitarbeiter im Bereich Bildung & Gesellschaft der Industriellenvereinigung. Forschungsinteressen: politische Partizipation von MigrantInnen.

Flooh Perlot, geb. 1979, Studium der Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Medienkunde in Innsbruck, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategieanalysen in Wien. Forschungsinteressen: Politik und Medien, politische Kommunikation, Wahlforschung, Internet und Demokratie.

